

sowie eine stark politisch aufgeladene Spiegelung insbesondere polnischer Befindlichkeiten in Bezug auf die Ukraine *und* Polens Rolle in Europa. Auch wenn es noch einige Generationen dauern dürfte, ehe die wechselseitig geschlagenen Wunden der Vergangenheit keine Rolle mehr spielen, so zeugen diese Bände doch davon, dass es keine Feindschaft „auf ewig“ geben muss. Vielmehr ist das polnisch-ukrainische Verhältnis auf politischer Ebene gegenwärtig ein äußerst konstruktives. Nicht umsonst wird in mehreren Beiträgen (u.a. in dem Adam Michniks) konkret auf den Hirtenbrief der polnischen Bischöfe an ihre bundesdeutschen Amtsbrüder vom November 1965 hingewiesen, dessen Kernsatz bekanntlich lautete „Wir vergeben und bitten um Vergebung“; ein Schritt, der die polnisch-deutsche Annäherung in den folgenden Jahren maßgeblich mitbefördert hat. Ähnliches sollte die Leitlinie der polnisch-ukrainischen Aussöhnung sein, so jedenfalls die Hoffnung einiger Autoren. Manches ist, wie auch diese Bände zeigen, schon erreicht. Und es ist nicht zuletzt den polnischen Regierungen seit 2004 zu verdanken, dass die Ukraine innerhalb der Europäischen Union zumindest zeitweise eine Stimme findet.

Potsdam – Salzburg

Kerstin S. Jobst

Manfred Alexander: Kleine Geschichte der böhmischen Länder. Verlag Philipp Reclam. Stuttgart 2008. 611 S. (€ 19,90.)

Stellt man die Anforderung, dass Überblickswerke über komplette Länder- oder Nationalgeschichten – wie das hier anzuzeigende – zuverlässig über weite Strecken informieren sollen, wird man nicht enttäuscht werden. Die Gliederung weist alle Teilgebiete historischen Grundwissens auf, die für Einsteiger in die Geschichte Böhmens wichtig sind: beginnend mit dem Großmährischen Reich über die Herrschaftszeit der Přemysliden, das Haus Luxemburg in Böhmen, die kurze, aber wichtige Phase von König Georg von Podiebrad und der Jagiellonen und schließlich die lange Zeit der Habsburger von 1526 bis 1918, gefolgt von den Tschechoslowakischen Republiken im 20. Jh. und schließlich der Tschechischen Republik. Es bleibt nicht viel Spielraum für eigene Gestaltung, doch hat es der Vf. Manfred Alexander verstanden, das Wenige zu nutzen: So erscheint als einer der übergreifenden zeitlichen Blöcke die Periode von 1437 bis 1620; was nichts anderes bedeutet, als dass Podiebrad, die Jagiellonen und die frühen Habsburger (bis zur Niederschlagung des Ständeaufstands am Weißen Berg) verkoppelt werden. Das widerspricht etwas der gängigen Gliederung, scheint aber nicht verkehrt und ist als Epochendefinition innerhalb der böhmischen Geschichte auf jeden Fall einen Versuch wert. Innerhalb der Großkapitel orientiert sich die Darstellung primär an den grundlegenden politischen Abläufen, doch versucht der Vf., mit eher strukturgeschichtlich angelegten Einschüben (z.B. im mittelalterlichen Teil: zum Landesausbau S. 66 ff. und zum Frühhumanismus S. 125 ff.; im neuzeitlichen Teil: die wiederkehrende Rubrik „Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur“ oder „Das Problem der Slowaken“ S. 376 ff.) die strenge Chronologie der politischen Ereignisgeschichte aufzulockern. Man wird fragen dürfen, wie zeitgemäß ein solcher methodischer Zugriff ist; dass es zur Übersichtlichkeit beiträgt, Nationalgeschichten nach der Abfolge der Regierenden anzulegen, steht außer Frage. Die in der Reclam-Serie üblichen Zeittafeln hätten dabei ruhig etwas weniger sparsam ausfallen können.

Ins Auge fällt die Ungleichgewichtung der einzelnen Zeiträume: Den ersten tausend Jahren böhmischer Geschichte, von 800 bis 1800, sind etwa 300 Seiten gewidmet, also nicht einmal die Hälfte des Bandes. Dennoch wird man es keinem Verfasser solcher Überblicke vorwerfen können, wenn er die von ihm in der Forschung behandelten Epochen bevorzugt – was im vorliegenden Fall eben für das 19. und 20. Jh. gilt. Dieses Vorgehen hat jedoch auch seine Stärken: So wird man schwerlich eine ähnlich stringente Darstellung des Wegs zum Münchner Abkommen finden, wie sie hier geboten wird (S. 432 ff.). Falsch ist freilich die Behauptung (S. 449), die böhmischen Länder seien „nie Bestandteil des römischen [...] Reiches gewesen“. Die Schwäche der Ungleichbehandlung der Epochen könnte

immerhin kompensiert werden durch eine differenzierte Bibliographie. Dass dies nicht erfolgt ist, bildet das vielleicht größte Manko des Bandes. Die Bibliographie ist nicht nur viel zu knapp, sie trägt auch dem Forschungsstand nicht Rechnung. Für das Mittelalter ohne Graus, Macek, Šmahel und Žemlička auskommen zu wollen, ist ein Unding und trägt der inzwischen längst auch im deutschen Sprachraum angekommenen Rezeption dieser Forscher keine Rechnung. Für die Frühe Neuzeit fehlen einschlägige Titel zu Adel und Absolutismus, wie sie gut greifbar (und mehrsprachig) beispielsweise in mehreren Reihen der Südböhmischen Universität in Budweis/České Budějovice vorliegen – was auch hier den Leser der Möglichkeit beraubt, in diese im Darstellungsteil zu kurz gekommene Zeit durch eigene Lektüre tiefer einzutauchen. Das ist auch nötig, wenn das erst seit 1660 bzw. 1719 in Böhmen durch Kauf präsente fränkische Geschlecht der Schwarzenberg zu den „Repräsentanten alten slawischen Adels“ (S. 17) gezählt oder Libussa als Tochter von Čech vorgestellt wird (S. 15), während ihr Vater doch in Wirklichkeit der Richter Krok war. Stark unterbelichtet – und in der Bibliographie ebenfalls absent – ist der im Titel so demonstrativ herausgekehrte Aspekt der böhmischen Geschichte, dass es sich bei den böhmischen Ländern eben nicht nur um Böhmen und Mähren, sondern – zeitweise und teilweise – auch um Schlesien, Ober- und Niederlausitz und das Glatzer Land gehandelt hat. Dazu finden sich im Text allenfalls Andeutungen, nirgends jedoch eigene Kapitel. Was es gibt, im Inhaltsverzeichnis jedoch nicht erkennbar ist, sind recht instruktive Karten (S. 57, 194 f., 390 f.).

Fazit: Das Buch ist als Leistung eines Einzelnen beeindruckend, und es gewinnt seine Leser durch den flüssigen Duktus. Nur sollte man als Historiker Böhmen nicht mit der Transformation und dem EU-Beitritt nach Europa „zurückkehren“ lassen (S. 583 u.ö.) – das hat es bestimmt nie verlassen.

Passau

Thomas Wunsch

Alena Janatková: Modernisierung und Metropole. Architektur und Repräsentation auf den Landesausstellungen in Prag 1891 und 1918. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2008. 106 S., 76 Abb. (€ 32,90.)

Die Weltausstellungen waren Ort nationaler Repräsentation und industriellen Wettstreits, zugleich aber auch prunkhafter Massenvergnügungen, Orte der Bildung und Experimentierfelder der modernen Zivilisation. Aufgrund dieser Prinzipien und des damit verbundenen Erfolgs dienten sie zugleich als Vorbild für regionale, nationale und internationale Großausstellungen. Wie auch an den anderen Beispielen des vorliegenden Hefts gezeigt wird, wurden die Landesausstellungen in Ostmitteleuropa nach dem Vorbild der Weltausstellungen geplant: Beschränkt auf im Land ansässige Produzenten und Aussteller, waren sie einerseits wichtige Foren, um den aktuellen industriell-gewerblichen und sozialen Entwicklungsstand sowie Zukunftsperspektiven darzustellen, wobei das Leitbild der Moderne insbesondere in Form stadtechnischer, hygienischer und sozialer Errungenschaften repräsentiert wurde. Andererseits verliehen historisierende Ausstellungsteile mit kulturhistorischen und folkloristischen Exponaten der jeweiligen Ausstellung einen spezifischen regionalen oder nationalen Charakter und dienten der regionalen bzw. nationalen Selbstvergewisserung und -behauptung. Nach Erlangung der Unabhängigkeit nutzten die ostmitteleuropäischen Staaten – zumeist anlässlich des zehnjährigen Bestehens – die nationalen Großausstellungen, um ihre politische, kulturelle und nicht zuletzt wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu demonstrieren, dadurch die nationale Identität weiter zu stärken und auch die Integration nach innen zu fördern. Zugleich konnte die veranstaltende Stadt die jeweilige Landesausstellung nutzen, um ihr Selbstverständnis und den Anspruch auf den Status einer Metropole zu untermauern. Vor dieser Folie waren die Ausstellungen aber auch eine Auseinandersetzung mit dem alleinigen Vertretungsanspruch der Zentralregierung und Ausdruck von regionalen bzw. nationalen Geltungsbedürfnissen. Insgesamt